



# Stadt Köln

Die Oberbürgermeisterin

## Geschäftsführung Runder Tisch für Flüchtlingsfragen

Frau Bachtiosin

Telefon: (0221) 221 29725

E-Mail: leyla.bachtiosin@stadt-koeln.de

Datum: 10.01.2023

### Niederschrift

Über die 87. Sitzung des **Runden Tisches für Flüchtlingsfragen** in der Wahlperiode 2020/2025 am Freitag, dem 18.11.2022, 11:00 Uhr bis 13:00 Uhr, im Rathaus, Spanischer Bau, Theodor-Heuss-Saal.

### Anwesend waren:

Miriam Haseleu	1. Sprecherin Ev. Kirchenverband Köln und Region
Peter Krücker	2. Sprecher Katholikenausschuss
Dr. John Akude	CDU Fraktion
Claudia Brock-Storms	SPD Fraktion
Dilan Yazicioglu	Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen
Jörg Detjen	Fraktion Die Linke
Isabella Venturini	Volt-Fraktion
Anette de Fallois	Diakonisches Werk des Ev. Kirchenverbandes Köln und Region
Alice Rennert	Caritasverband Köln
Bernd Naumann	DPWV Köln
Marita Bosbach	DRK Köln
Natalia Kühn	Synagogen-Gemeinde Köln
Claus-Ulrich Pröls	Kölner Flüchtlingsrat
Thomas Zitzmann	Ombudsstelle
Herr Uellenberg van Dawen	Runder Tisch für Integration
Nikolay Markgraf	Rom e. V.
Benjamin Heller	Polizeipräsidium Köln
Marius Müller	Polizeipräsidium Köln
Bettina Baum	Amt für Integration und Vielfalt
Heike Kerscher	Amt für Wohnungswesen
Margarete July	Amt für Wohnungswesen
Bernd Taschenmacher	Amt für Soziales und Senioren
Christina Boeck	Ausländeramt
Klaus Adrian	Willkommensinitiativen / AK Politik
Marianne Arndt	Willkommensinitiativen / AK Politik
Stefan Caffier	Jobcenter Köln
Neslihan Arikan	Schriftführung
Leyla Bachtiosin	Schriftführung

## Tagesordnung

### TOP 1

#### Tagesordnung und Verabschiedung des Protokolls

Protokoll der 85. Sitzung vom 16.09.2022

Protokoll der 86. Sondersitzung vom 12.10.2022

Die Niederschriften der 85. Sitzung und der 86. Sondersitzung des Runden Tisches für Flüchtlingsfragen werden genehmigt.

### TOP 2

#### Aktuelle Lage und Planungen zur Aufnahme von Geflüchteten in Köln

- Amt für Wohnungswesen der Stadt Köln, **Frau Kerscher**:

Zum Stand von 15.11.2022 sind in Köln 10.092 Geflüchtete untergebracht, davon sind 4.014 Geflüchtete aus der Ukraine, die Übererfüllung der Aufnahmequote geht zurück auf aktuell 101,96 %. Ab wann Zuweisungen des Landes erfolgen, ist noch nicht absehbar, aktuell werden Geflüchtete noch an das Land weitergeleitet.

Es gibt starke Schwankungen der Ankunftsahlen im Welcome Center am Breslauer Platz, dort kommen 4 bis 60 Menschen am Tag an, im Durchschnitt ca. 30 Geflüchtete. In der jetzigen Dimensionierung wird das WCC nach einem Beschluss des städtischen Task Force zum Ende des Jahres abgebaut. Aktuell wird erarbeitet, wie dennoch eine Informationssituation geschaffen werden kann, um den weiterhin ankommenden Menschen eine Orientierung zu geben.

In Übereinstimmung mit den Einschätzungen auf der Bundes- und Landesebene und auch in anderen Kommunen gibt es auch für Köln die Prognose einer deutlichen Erhöhung der ankommenden Geflüchteten. Ein Bedarfsfeststellungsbeschluss ist als aktuelle Vorlage im Beratungslauf, darin ist die Prognose genau erläutert. Es wird mit bis zu 15.800 Geflüchteten in Köln gerechnet. Ein Thema ist auch Unterbringungsverpflichtung gegenüber den Menschen, die bis jetzt bei den privat Gastgebenden untergebracht sind. Möglicherweise wird es auch da, vor dem Hintergrund der Energiekrise, einen stärkeren Druck auf die Aufnahmeeinrichtungen geben.

Aktuell werden folgende Maßnahmen vorbereitet:

- die Messehalle 3 wird eingerichtet, ab Ende November belegt und bis Ende Februar mit Plätzen für rund 800 Menschen zur Verfügung stehen. Dabei werden Strukturen für einen längeren Aufenthalt geschaffen (Kinderspielbereiche, Aufenthaltsbereiche, Büroräume für die Betreuung in den Hallen),
- am Südstadion entstehen Wohncontainer-Einheiten für bis zu 480 Plätze, für die Mahlzeiten wird ein Aufenthaltsbereich vorbereitet. Als eine Alternative zu den Leichtbauhallen- oder Zeltlösungen soll mit dem Containerstandort eine andere Unterbringungsqualität ermöglicht werden,
- die bestehenden Containerstandorte werden weiter aktiviert bzw. neu aufgebaut: Ab Mitte Dezember eine Unterkunft in Porz, in der Friedrichstraße, mit 460 Plätzen; eine Einrichtung mit bis zu 129 Plätzen in Poll, an der Alfred-Schütte-Allee,
- die Task Force versucht weiterhin Hotels und weitere Orte zu akquirieren, auch weitere Prüfungen von Grundstücken etc. finden statt.

Die Verwaltung geht davon aus, dass anders als im Frühjahr, nicht mehr eine so große Anzahl an Geflüchteten ‚ungesteuert‘ nach Köln kommen werde. Bei künftigen Zuweisungen über das Land kann die Unterbringung bereits im Vorfeld vorbereitet werden.

Bzgl. der Frage zum Hotel Plaza gibt es einen Rechtsstreit zwischen dem Betreiber des Hotels und dem Eigentümer. Aktuell wird nicht weiter belegt, bis es eine verbindliche Rechtslage gibt. 230-240 Menschen, die bereits dorthin vermittelt wurden, bleiben erstmal dort wohnen. Insgesamt können bis zu 370 Menschen aufgenommen werden.

Grundsätzlich werden Hotels mit einer Mindestlaufzeit von 6 Monaten angemietet. Der Vertrag mit dem Hotel Plaza ist erstmal für diesen Zeitraum geschlossen worden. Zwischen der Stadt Köln und den Hotelbetreibern gibt es ausdrücklich keine Vereinbarung, nur ukrainische Geflüchtete aufzunehmen.

Die Stadt hat jeder geflüchteten Person gegenüber eine Unterbringungsverpflichtung, dahingehend gibt es keine Differenzierung in der Art der Unterbringung.

In Bezug auf die Alfred-Schütte Allee hat es lt. Verwaltung Missverständnisse gegeben und das Thema ist bereits in verschiedenen Gremien besprochen worden. Die von der Eigentümerin zur Verfügung gestellte Unterkunft für Geflüchtete aus der Ukraine ging aus dem hohen Engagement von Mitarbeitenden aus, die sich als private Gastgeber für ukrainische Geflüchtete eingesetzt haben. Die Firma hat einen Teil des Firmengeländes unentgeltlich zur Verfügung gestellt, um dort eine Unterkunft für die Geflüchtete zu errichten. Ab Mitte März wurde dort ‚gemischt‘ nach aktuellem Unterbringungsbedarf belegt.

In Bezug auf die Ostmerheimerstraße ist eine Verlängerung bis zum 30.11.2022 erfolgt.

Es lässt sich aktuell nicht genau ermitteln, wie viele ukrainische Personen bis jetzt privat untergebracht sind bzw. wie viele von ihnen diese Unterbringungsform verlassen müssen. Aus diesem Kreis gibt es aktuell 70-100 Unterbringungsanfragen im Monat an die Stadt Köln.

In diesem Zusammenhang wird von **Herrn Detjen** darauf hingewiesen, die Möglichkeit zu prüfen, ob mit der TH Köln die Situation wissenschaftlich begleitet werden kann. Eine Studie/Untersuchung könnte zeigen, wie es den Menschen geht, die privat untergebracht sind, wie die Unterbringungsverhältnisse und wie die Situation der Gastgebenden sind. **Frau Baum** bietet an, mit den Kolleg\*innen des Wohnungsamtes abzusprechen, ob es Kapazitäten für eine solche Untersuchung gibt.

Die Verwaltung teilt bzgl. der privat aufgenommenen Geflüchteten mit, dass unabhängig von den bestehenden gesetzlichen Möglichkeiten, die über das SGB II gegeben sind, eine weitere städtische Unterstützung nur dann angeboten werden könne, wenn vorher die Qualität der Unterbringung geprüft worden sei. Ein entsprechendes Verfahren, das in Düsseldorf umgesetzt wurde, gewährt eine Bezuschussung auch erst dann, wenn jede Unterkunft vorher begutachtet worden sei. Dieser Aufwand kann in Köln aufgrund der fehlenden Personalressourcen nicht geleistet werden.

- Amt für Integration und Vielfalt, **Frau Baum**:

Zum Stand der Schulberatungen im KI liegen aktuell die Beratungszahlen zwischen 30 und 60 pro Woche auf einem relativ geringen Niveau. Zunehmend steigen aber die Terminanfragen sowohl aus dem Kreis der ukrainischen Geflüchteten als auch aus dem Bereich der Geflüchteten aus Südosteuropa und den Balkanstaaten wieder an.

Ein Überblick über die Ganzjahreszahlen zeigt eine enorme Zahl an Beratungen zur Einmündung in das Schulsystem. Mit Stand Ende November sind 3.400 Kinder und Jugendliche aus der Ukraine im KI beraten worden, dies ist in etwa die gleiche Zahl an Beratungen von Kindern Geflüchteter aus anderen Herkunftsländern. Die Schulverwaltung hat gemeldet, dass Plätze in den Vorbereitungsklassen noch vorhanden sind, wobei im Bereich der Schulen neue Raumkapazitäten geschaffen werden müssen, um für die zu erwarteten neue\*n Schüler\*innen Räume zu schaffen. Hier stellt sich dann auch die Frage nach den Lehrer\*innenkapazitäten.

Seitens der Mitglieder im Runden Tisch wird des Weiteren angeregt,

- regelmäßig eine Statistik vorzulegen bzgl. der Kapazitäten in den Schulen und Kitas im Blick auf die Kinder, die noch nicht mit den entsprechenden Plätzen versorgt sind,
- herauszustellen, wie viele schulpflichtige Kinder in der Stadt Köln gerade nicht in die Schule gehen, weil sie vielleicht erst nächste Woche einen Schulplatz haben,
- die Zahlen zu Versorgung mit den Kindergartenplätzen zu ermitteln,
- zu erfassen, wo genau die Vorbereitungsklassen sind bzw. in welchen Schulen es keine mehr gibt, eventuell gibt es Kinder, in deren Umfeld es keine Vorbereitungsklassen zur Verfügung stehen,
- Daten zu Versorgung mit Schulplätzen der ukrainischen Geflüchteten, aber auch aus dem Kreis der afghanischen Ortskräfte vorzulegen,
- zu prüfen, welche Beratungs- und Eingliederungsangebote für die Jugendlichen zwischen 18 und 27 Jahren bzw. welche Abschlussmöglichkeiten zur Verfügung stehen.

Die entsprechenden Statistiken werden zur nächsten Sitzung so differenziert wie möglich bei der Schulverwaltung erbeten und zur Verfügung gestellt. Das gleiche betrifft die Statistik zur Versorgung mit Kitaplätzen.

- **Ausländeramt, Frau Boeck:**

Die Situation im Ausländeramt ist weitgehend entspannt. Das Amt bekommt grundsätzlich keine Asylzuweisungen, da die Quote erfüllt ist. Aus dem Kreis der ukrainischen Geflüchteten gibt es aktuell ca. 100 Vorsprachen in der Woche.

Dabei handelt es sich nicht nur um neu eingereiste Personen, da die Personen nach der Einreise 90 Tage Zeit haben, um sich anzumelden. In Bezug auf die sogenannten unerlaubt Eingereisten sind es ungefähr 100 Personen in der Woche. Diese Personen werden grundsätzlich zur Verteilung beim Land angemeldet und von dort gibt es die Zuweisungsentscheidung in die Unterkünfte durch das Land. Der längere Aufenthalt in Köln ist dabei in der Regel nicht zu erwarten.

In Bezug auf Menschen aus Russland ergänzt der Runde Tisch, dass es in Köln bereits Personen gibt, die russischen Kriegsdienstverweigerer sind. Grundsätzlich wäre in solchen Fällen ein Asylantrag möglich, wobei dann im Einzelfall geschaut werden muss, ob es individuell auch der richtige Weg sei.

Die Zahlen zu den aufgenommenen afghanischen Ortskräften werden für die nächste Sitzung vorbereitet bzw. zum Protokoll nachgeliefert. Auch hier verzeichnet das Ausländeramt keine besonderen Auffälligkeiten.

### TOP 3

#### **Situation der Geflüchteten in den städtischen Einrichtungen**

In der anschließenden Diskussion besteht Einigkeit darüber, dass die Leichtbauhallen für die Unterbringung von kranken Menschen keine geeigneten Orte seien. Aktuell sind dort als sogenannte unerlaubt Eingereiste, auch viele vulnerable Menschen mit gesundheitlichen Problemen untergebracht.

Das Thema medizinischer Versorgung soll noch einmal mit dem Gesundheitsamt besprochen werden.

Durch den Brand in der Herkulesstraße ist die Versorgung mit den Plätzen für die sogenannten unerlaubt Eingereisten eingeschränkt, die Belegung kann nur teilweise erfolgen.

Der Soziale Dienst des Amtes für Wohnungswesen steht in einem regelmäßigen Austausch mit dem Gesundheitsamt bzgl. der Versorgung von Flüchtlingen. Es soll gewährleistet werden, dass Menschen, die hier in Köln ankommen, auch Zugang zu dem Gesundheitssystem haben. Alle Menschen, die einen Behandlungsschein brauchen, bekommen diesen auch, wenn sie den Bedarf gemeldet haben.

Am Beispiel der Unterkunft Hardtgenbuscher Kirchweg wird von **Frau Markgraf** verdeutlicht, dass die Situation und die gesundheitliche Versorgung für die Menschen aus den Balkanstaaten besonders schlecht sind, es wenig Fachpersonal vor Ort gebe und es Monate dauere bis Menschen aufgrund ihrer Vulnerabilität in eine andere Unterkunft verlegt werden.

Es wird angeregt, das Thema Unterbringung von vulnerablen Personen stärker im Rahmen einer Arbeitsgruppe zu bearbeiten. Ein Ziel ist es eine Struktur der Unterbringung für diese Personengruppe zu entwickeln, sodass in Köln geeignete Unterkünfte und eine angemessene Versorgung mittelfristig angeboten werden kann. Des Weiteren soll definiert werden, für welche vulnerablen Personen konkrete Planung bzw. Konzepte erfolgen sollen und welche Personalstrukturen dafür aufgebaut werden können.

Der Runde Tisch für Flüchtlingsfragen beschließt die Gründung einer **Arbeitsgruppe - Vulnerable Gruppen innerhalb der Geflüchteten**. Für die AG Vulnerable Gruppen melden sich als Teilnehmende Herr Prölß, Frau De Fallois, Frau Arndt, Frau Markgraf und Frau Bosbach.

**Frau Baum** übernimmt als Geschäftsstelle des Runden Tisches für Flüchtlingsfragen die Kontaktaufnahme mit dem Gesundheitsamt, Herr Dr. Nießen bzw. dessen Vertretung, für den Austausch zum Thema „Vulnerable Gruppen innerhalb der Geflüchteten“.

### TOP 4

#### **Bericht aus der AG - Selbstverständnis des Runden Tisches für Flüchtlingsfragen**

Amt für Integration und Vielfalt, **Frau Baum**

Die Mitglieder des Runden Tisches für Flüchtlingsfragen vereinbaren folgende Änderungen:

- Für das Jahr 2023 werden insgesamt sechs Sitzungen terminiert (als Wochentag soll der Freitag beibehalten werden).
- Die Dauer der Sitzungen soll mindestens 2 Stunden betragen.

- Es wird ein um mehrere Mitglieder erweiterter Vorbereitungskreis zur Vorbereitung der Sitzung eingerichtet (er soll ca. 2 Wochen vor der Sitzung tagen). Der Vorbereitungskreis soll bestehen aus
  - den beiden Sprecher\*innen,
  - 1 Vertreter\*in der im RuTi vertretenen Fraktionen (die Ratsmitglieder stimmen intern ab, wer jeweils teilnehmen wird),
  - 1 Vertreter\*in – delegiert von den Ligavertreter\*innen sowie Flüchtlingsrat, Rom e.V. und RuTi Integration (vorgeschlagen wurde Claus Ulrich Pröbß – dies muss noch abgestimmt werden)
  - sowie zwei Personen der Verwaltung
- Jede Sitzung soll zukünftig ein Schwerpunktthema haben. Die Mitglieder können Vorschläge / Wünsche für die Schwerpunktthemen bis zwei Wochen vor der Sitzung an die GF übermitteln und die Vorbereitungsrunde wird das Thema festlegen.
- Dem Schwerpunktthema soll zu Beginn der Sitzung ein ausreichender zeitlicher Rahmen zur Diskussion eingeräumt werden.
- Die mündlichen Berichte der Verwaltung (zzt. unter TOP 2 „Aktuelle Lage und Planungen zur Aufnahme Geflüchteter aus der Ukraine“) sollen sich an dem gesetzten Schwerpunktthema orientieren und zeitlich gestrafft werden.
- Der TOP „Wesentliche Mitteilungen der Verwaltung an die Fachausschüsse“ soll gestrafft werden. Es erfolgt eine Kenntnisnahme der Mitteilungen im Block, sofern kein dezidiertes Austauschbedürfnis zu einzelnen Mitteilungen besteht.

**Herr Pröbß** wurde für das erste Jahr als Vertreter im Vorbereitungskreis bestimmt. Die Vertretung für die Politik im Vorbereitungskreis wird durch **Frau Yazicioglu** bzw. im Verhinderungsfall von **Frau Schmerbach** übernommen.

Die Umstellung der Erstellung einer Niederschrift auf ein Ergebnisprotokoll ab 2023 wird einstimmig angenommen.

## **TOP 5**

### **Quartalsbericht 2022 der Ombudsstelle für Flüchtlinge in Köln**

Ombudsstelle für Flüchtlinge in Köln, **Herr Zitzmann**

Die Mitglieder des Runden Tisches für Flüchtlingsfragen haben die Prüfeempfehlungen zu Kenntnis genommen.

In der Diskussion bzgl. des Personalschlüssels wurde angeregt zu schauen, mit welchen anderen Schlüsselqualifikationen als Sozialarbeiter\*innen, die Stellen besetzt oder auch als Springerfunktionen eingesetzt werden könnten.

## **TOP 6**

### **Informationen zu Mietverträgen städtischer Gemeinschaftsunterkünfte**

Zur Diskussion um die Alfred-Schütte Allee (s.o.)

## **TOP 7**

### **Aktualisierung der Leitlinien zur Unterbringung und Unterstützung von Geflüchteten in Köln**

Kölner Flüchtlingsrat e.V., **Herr Pröbß**

Die neuen Leitlinien sind vorgestellt worden, und sollen ab Januar 2023 in den politischen Gremien beraten werden. Der Runde Tisch für Flüchtlingsfragen stimmt den Änderungen sowie Ergänzungen durch das Ehrenamt zu.

#### **TOP 8 (zugesetzt)**

##### **Erweiterung des Aufgabenbereichs des Auszugsmanagements**

Amt für Wohnungswesen der Stadt Köln, **Frau Kerscher**

Die Verwaltung bereitet einen Austausch mit dem Auszugsmanagement vor.

Es wird angeregt, die Aufgabenstellung des Auszugsmanagements zu erweitern, so dass auch Menschen, die eine private Unterkunft verlassen, vom Auszugsmanagement betreut werden können.

#### **TOP 9**

##### **Wesentliche Mitteilungen der Verwaltung an die Fachausschüsse**

- Stärkung des Auszugsmanagements – 3040/2022
- Unterbringung von besonders vulnerablen Geflüchteten aus der Ukraine mit medizinisch bedingten besonderen Unterbringungsbedarfen – 2759/2022
- KOMM-AN NRW – Landesprogramm zur Förderung des ehrenamtlichen Engagements bei der Integration von neueingewanderten Menschen in den Kommunen – Sachstandsbericht 2022 – 3535/2022

Die Mitglieder des Runden Tisches für Flüchtlingsfragen nehmen die Mitteilungen der Verwaltung zur Kenntnis.

#### **TOP 10**

##### **Verschiedenes**

Die Sitzungstermine 2023 des Runden Tisches werden angenommen.

Es wird angeregt,

- die Eigenbeteiligung der Personen für die Reisepassgebühren zu prüfen, da sie insb. für Familien mit vielen Kindern eine große Belastung darstellt. Aktuell gibt es hierzu keine Zuschüsse seitens des Sozialamtes oder des Jobcenters. Ein Überblick zur Rechtslage bzgl. Reisepassbezuschussung wird von der Verwaltung vorbereitet,
- die Erstausstattungsbeiträge anzupassen (die Verordnung wird aktuell von der Verwaltung aktualisiert und kann zugeschickt werden),
- eine Öffnung in Bezug auf Regelung zur Anschaffung von Elektrogeräten vorzunehmen. Diese dürfen aktuell nur bei der Firma Scholz&Partner gekauft werden, wobei es zu langen Wartezeiten kommt. Eine Genehmigung zum Erwerb von Geräten aus zweiter Hand sollte ermöglicht werden.

In Bezug auf den Umgang mit Geflüchteten wird seitens AK Politik auf die Problematik eines strukturellen Rassismus hingewiesen. Es wird unterstrichen, dass ein Eskalieren der Konflikte nicht nur an den Menschen selbst liege, sondern auch am Umgang mit rassistischen Situationen. Bei den Themen Wohnraum, Gesundheitsvorsorge sowie Schul- und Kindergartenplätze zeigt sich eine Art Mehr-Klassengesellschaft. Mehrere Mitglieder berichten über das strukturelle Problem, das zwischen Geflüchteten, die eine Aufenthaltsgenehmigung haben und denjenigen, die nur über eine Duldung verfügen.

Es wird angeregt, rassistische Vorfälle konkret mit Ort, Datum, Personen zu benennen und zu melden, die entsprechenden Sachgebietsleitungen sind darüber zu informieren.

**Frau Baum** berichtet, dass die von der Stadt geförderten Antidiskriminierungsbüros grundsätzlich allen Menschen offenstehen, die diskriminierenden Erfahrungen gemacht haben. Die Stadtverwaltung hat auch selbst ein großes Interesse daran, dass das Thema Rassismus/Rassismuskritik auch innerhalb der Verwaltung mit der erforderlichen Sensibilität behandelt wird. Seit fast einem Jahr wird an einer Dienstvereinbarung „Antidiskriminierung“ gearbeitet, welche aktuell noch mit dem Personalamt, Personalrat usw. abgestimmt werden müsse. **Frau Markgraf** berichtet ergänzend zum Thema Rassismus über die Melde- und Informationsstelle Antiziganismus in Berlin bzw. für NRW in Bochum. Die Finanzierung des Anonymen Krankenscheins wurde in den Doppelhaushalt aufgenommen, so dass die Umsetzung des vorgelegten Konzeptes umgehend gestartet werden kann. Es wurden 400.000 Euro im Jahr bereitgestellt. Die Federführung wird beim Gesundheitsamt liegen

Die Mitglieder des Runden Tisches bedanken sich bei **Frau Arikan** für ihr Engagement im Runden Tisch für Flüchtlingsfragen. Frau Arikan hat in einen anderen Arbeitsbereich im Amt für Integration und Vielfalt gewechselt und Frau Bachtiosin wird ihre Nachfolgerin sein.

Mit freundlichen Grüßen  
Im Auftrag  
gez. Leyla Bachtiosin  
(Schriftführung)